

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen unterstützen die konstruktiven Vorschläge zur Erleichterung von Abrüstungsvereinbarungen, die der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der 18. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitet hat.

Beide Seiten sind überzeugt, daß die Verwirklichung der polnischen Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und zur Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa wesentlich zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen würde. Mit Genugtuung stellen sie fest, daß diese Vorschläge immer mehr Verständnis und Unterstützung in der Welt finden und die Anregung zur Entwicklung ähnlicher Pläne für andere Gebiete gegeben haben.

Beide Seiten betonen, daß die Schaffung anderer atomwaffenfreier Zonen - in Nordeuropa, auf dem Balkan und im Mittelmeerraum - gleichfalls große Bedeutung für den Frieden hätte.

Beide Seiten stellen mit Befriedigung fest, daß sich angesichts des gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnisses in der Welt - auch unter einem Teil der herrschenden Kräfte der westlichen Staaten - immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß Versuche, internationale Streitfragen durch Krieg zu regeln, aussichtslos sind und daß solche Streitfragen durch Übereinkommen auf dem Wege von vernünftigen Kompromissen gelöst werden müssen.

Man darf jedoch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß weiterhin einflußreiche Kräfte des kalten Krieges, des Kolonialismus und Neokolonialismus innerhalb des Imperialismus wirken, die, verblendet vom Antikomunismus, alles tun, um den kalten Krieg und das Wettrüsten zu verlängern. Die Gefahr für den Frieden besteht weiter. Ihre Beseitigung erfordert die Mobilisierung aller Kräfte des Sozialismus, des Friedens und des Fortschritts.

Ausgehend von der Sorge um den Frieden in Europa, erachten es beide Seiten als ihre Pflicht, erneut die Aufmerksamkeit der Völker auf die Ziele der in Westdeutschland herrschenden Kräfte des Militarismus und Revanchismus zu lenken. Diese Kräfte stehen an der Spitze des kalten Krieges. Ihre Politik ist die Hauptgefahr für den Frieden in Europa. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, die angesichts der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch die Deutsche Demokratische Republik und unter dem Druck der internationalen und der eigenen Öffentlichkeit gezwungen war, den Vertrag ebenfalls zu unterzeichnen, tut weiterhin alles, um die weitere Entspannung zu verhindern, damit sie ihre Politik der Aufrüstung und der Revanche fortsetzen kann. Die Bonner Regierung läßt in ihren Anstrengungen nicht nach, in dieser oder jener Form Mitbestimmung und Verfügungsgewalt über Kern-